

# Arbeiterfilm

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsverkäufern und in Kiosken erhältlich



Lageszeitung der KPD . Section der Kommunistischen Internationale . Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen . Beilagen: Der rote Stern . Roter Ball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Vom 14. bis 21. August Betriebswoche für die

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 18. August 1932 Nummer 186

## „Jeden Lohnabbau durch Streik abwehren!“

Antifaschistische Aktion in jedem Betrieb!

Keine Zeit verlieren – die Massen mobilisieren!

Schreitet im Sinne der nebenstehenden Entschließung

vom Kampfgelöbnis zur Tat!

Textilbelegschaft Schiller, Bernstadt, rüstet zum Kampf!

Eine gutbesuchte Betriebspromulgation von Schiller, Bernstadt, wählt einen Kampfausdruck und nahm einstimmig bei guter Kampftummlung folgende Resolution zum Textilkampf an:

„Die Belegschaftsversammlung des Textilbetriebes Schiller, Bernstadt, protestiert auf beschärfte gegen den unangenehmen Vorfall der Textilkapitalisten auf die Höhe der Textilarbeiter. Sie erklärt, daß sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, vor allem auch durch Streik, jeden weiteren Lohnabbau abwehren wird. Die Textilarbeiter können sich nicht auf die reformistischen Führer des DTB verlassen, die nur daran bedacht sind, einen enttäuschten Kampf der Arbeiterschaft zu verhindern. Wir stellen uns einstündig hinter unseren heute gewählten Kampfausdruck.“



Bis zu 20 Prozent Lohnraub wollen die sächsischen Textilindustriellen diktieren. Die Hungerlöhne der Textilarbeiter und -arbeiterinnen sollen weiter erheblich gesenkt werden. Den jugendlichen Arbeitern droht die Zwangsarbeit. — So schreibt heute dieburgerliche Presse im Bericht über die Beratungen am Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung, daß unter anderem

„beim freiwilligen Arbeitsdienst ein allmäßlicher Übergang zur Arbeitsdienstpflicht angebahnt werden soll, und zwar denkt man dabei an Pflicht zum Arbeitsdienst für einen oder zwei Jahrgänge von Jugendlichen. Wenn die gegenwärtigen Verhandlungen zum Erfolg führen, wird möglicherweise bei bestimmten Jahrgängen von Erwerbslosen die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung von dem Nachweis der Arbeitswilligkeit abhängig gemacht.“

Hungerlohn und Zwangsarbeit, dazu weiterer Abbau der Unterstützungssätze! Und faschistische Tarifvertrag und Einsatz der SA-Banden in der Organisation der sogenannten Arbeitsdienstpflicht. Dazu Wahlrechtsraub, faschistische Reichsreform.

Also stärkste politische Knebelung und wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeitermassen. Das ist der faschistische Kurs der Papen-Regierung.

Schon geht man dazu über, Gewerkschaftsversammlungen zu verbieten. Ohne Angabe von Gründen wurde von der Polizei eine Mitgliederversammlung der Berliner Lederarbeiter unterdrückt. Die Nazis versuchen in die Betriebe einzudringen, um wie sie selbst sagen, bei einem eventuellen Generalstreik der Arbeiter die Aktion der Betriebsarbeiter verhindern zu können. Aber schon gehen zahlreiche Belegschaftsversammlungen, Gewerkschafts-Mitgliederversammlungen zu gemeinsamen Abwehrmaßnahmen über.

Die Arbeiter der Firma Köser im Fischereihafen Hamburg bildeten eine antifaschistische Betriebsstaffel. In wenigen Tagen zeichneten sich über 100 Arbeiter ein. Darunter viele sozialdemokratische und parteilose. Alle bekundeten ihre Bereitschaft zur antifaschistischen Sache. Die Betriebsschutzstaffel soll der Belegschaft Schutz gewähren gegen Naziterror und Lohnraub, gegen jede Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen.

Eine freigewerkschaftliche Mitgliederversammlung in Obermarzloh faßte einstimmig eine Entschließung für den Massenstreik. SPD-Mitglieder und Kommunisten stimmten einheitlich für den gemeinsamen Kampf gegen faschistischen Mordterror, gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen die Zerschlagung aller Arbeiterrichts.

Eine Belegschaftsversammlung der Firma Geigy in Grenzach beschloß einstimmig die Einheitsfront für den Kampf gegen die Hungermaßnahmen der herrschenden Klasse zu führen, auch mit dem Mittel des politischen Massenstreiks.

Eine ganze Reihe Betriebszellen haben für die antifaschistische Betriebswoche konkrete Kampfprogramme aufgestellt. Darunter die Werbung für den roten Massenselbstschutz, Sammlung für den antifaschistischen Kampffonds, Werbung für die kommunistische Presse, Herstellung von Betriebszeitungen usw.

In allen Betrieben errichtet selbstgewählte Einheitsorgane des Kampfes gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen Entlassungen, gegen die werkfaschistischen Streikbrecher, gegen die Sabotage der ADGB-Bürokratie.

Reiht euch ein als Kämpfer in die Antifaschistische Aktion! Wehrt durch Streik jeden Lohnraub ab!

### Textilarbeiter-Belegschaftsversammlung polizeilich aufgelöst

(Arbeiterkorrespondenz)

Als wir Textilarbeiter von der „Gardine“ Dobrik aus zu der von der AGO nach dem Lindengarten verlegten Belegschaftsversammlung in beträchtlicher Zahl zusammenkamen, wurde uns bekannt, daß die politische Polizei dem Lindengarten-Wirt ihnen jahrs mitgeteilt habe, daß unsere Versammlung nicht stattfinden dürfe. Deshalb wurde uns dann selbst von Beamten der politischen Polizei mitgeteilt und unsere Versammlung offiziell auf Grund einer sozialfascistischen Denunziation aufgelöst. In der Nähe des Versammlungsortes stand ihnen ein Liebesallianz zum „Eingreifen“ bereit. Wir haben uns daher mit allen erschienenen Kollegen an andere Stelle zusammengefunden und u. a. sofort eine neue Versammlung angelegt, die von den Arbeitern der Gardine umso zahlreicher besucht werden musk.

### Tarifverschlechterungen für 300000 Gemeindearbeiter

In freier Vereinbarung haben jetzt die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit dem kommunalen Arbeitgeberverband, in dessen Vorstand ebenfalls SPD-Führer sitzen, für 315 000 Gemeindearbeiter umgehauerte Tarifverschlechterungen festgelegt.

Während bisher 90 Prozent des Gehalts als Rentenfond gezahlt wurden, werden von nun ab nur noch 75 Prozent vergütet. Zur dreimalmäßige Sonnagsarbeit und für Überarbeit an Wochenendeitagen wird der Zulage herabgelegt. In Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern wird der Urlaub um 1 bis 2 Tage verlängert.

In einer Zeit, wo die Papenregierung die „Aufzehrung des Tarifvertrages“ will, wo es darauf ankommt, der sozialdemokratischen Aktion gegenüber jede Position mit aller Kraft zu verteidigen,

nennen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer freudig solche umgehauerten Tarifverschlechterungen zu. So entzögeln sie die sozialdemokratische Aktion. So ebnen sie dem Sozialismus weiterhin den Weg.

Die faschistische Regierung spielt Optimismus

# Bauen vertraut auf Hitler

**Reichsregierung will mit faschistischer Gewalt lange im Amt bleiben. Papen ist der Unterstützung Hitlers sicher. Antifaschistische Aktion wird Diktaturpläne vereiteln**

Berlin, 18. August 1932. (Eig. Drahtbericht). Die gesamte Stelle bringt heute morgen in großer Ausmachung ein Interview Papens, das er dem Berliner Vertreter des Reuter-Wirens gegeben hat. Danach hat der Kanzler auf die Frage, ob er glaube, daß seine Regierung kommendes Weihnachten noch im Amt sei, geantwortet:

„Wir werden für lange Zeit im Amt sein.“ Weiter erklärte Papen, es sei nicht die Rede davon, daß seine Regierung dem Reichstag aus dem Weg gehen wolle. Sollte jedoch ein Wirtschaftswortum angenommen werden, so würde die Regierung nach Maßgabe der dann geschaffenen Situation handeln.

Auf den Hinweis, daß Hitler enthusiastisch bestreite, in selner Unterredung mit dem Reichskanzler die volle Staatsgewalt verlangt zu haben, erklärte der Kanzler, daß es in dieser Hinsicht gar keinen Zweck geben könne.

Der Führer der NSDAP habe zugegeben, daß er während der vergangenen zwei Monate (seit der Tolerierungspakt, d. Red.) bei seinen ungebündelten Anhängern einen schweren Stand gehabt habe. Hitler habe weiter erklärt, er könne keinen Anteil der Regierungsgewalt annehmen, sondern müsse sie in ihrer Gesamtheit erlangen.

Auf die Frage des Reuter-Vertreters, ob Deutschland aus dem Völkerbund austreten werde, wenn seine Ansprüche auf Gleichberechtigung hinlänglich der Ablösung keine Verständigung finden würden, gab der Kanzler keine bestimmte Antwort. Er legte nur, daß die Frage der Gleichberechtigung auf dem Abstimmungsgebiet für Deutschland eine wichtige Bedeutung habe.

Während politisch erklärte der Kanzler noch, daß Deutschland seine Bestrebungen — etwas von den früheren Kolonien zurückzuhalten — noch nicht ausgegeben habe.

Zum Schlus erklärte der Reuter-Korrespondent, daß der Kanzler der Hoffnung Ausdruck gab, es sei wohl nicht zu befürchten, daß die NSDAP um ihr Ziel zu erreichen, sich zu illegalen Schritten hinreichlich liche. Er habe von Adolf Hitler eine Zusicherung in diesem Sinne erhalten und habe keinen Anlaß, Adolf Hitler nicht zu glauben. Auf alle Fälle werde die Regierung nicht zaudern, jede Revolte gegen ihre Autorität auf der Stelle mit Waffengewalt zu unterdrücken. Wie die Dinge liegen, erklärte der Kanzler, steht das deutsche Volk wieder geschlossen denn je hinter seinem obersten Führer, dem Generalstabschef von Hindenburg und in vollem Vertrauen auf seine weise Führung.

Was das Vertrauen in die „weise Führung“ Hindenburgs andeutet, ist nicht klar. Papen dabei unzweckhaft auf die Handlung der SPD und des Zentrums. Denn während die Zentrumsführer gerade jetzt mit aller Intensität an der Preukkoalition mit den Nazis arbeiten, um die Männer Hitlers über das größte Land Deutschlands auch an die Reichsregierung zu bringen, hat die SPD ihre Politik des „kleineren Nebels“ auf die Papenregierung umgestellt und steht gemeinsam mit ihren schwarzen Koalitionsbrüdern zu Hindenburg, zur faschistischen Diktatur.

Und just in demselben Augenblick, da Hitler im „Völkischen Volksblatt“ noch einmal nachdrücklich bestreitet, „die ganze Regierungsgemäß“ gefordert zu haben, sich aber aus demagogischen Gründen in öffener Gegenan zu Papen stellt, erläutert der Reichskanzler, daß er keine Ursache habe, an den Legalitätsbedenken des Faschistführers zu zweifeln. Das ist allerdings deutlich genug und heißt zu gut deutsch, daß die Faschistpartei auch in Zukunft die arbeiterfeindliche, reaktionäre Politik des Papen-Kabinets unterstehen und die Regierung tolerieren wird. Auf solche bindende Zusicherungen hout Papen wahrscheinlich auch seine Hoffnungen auf eine „lange“ Amtsperiode.

Über Iden einmal in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands wurde die Kanzlerschaft einer Regierung durch die außerparlamentarische Massenaktion des Arbeitervolks abgeführt. Das wertvolle Deutschland, das sich heute mit noch größerer Kraft zur Antifaschistischen Aktion zusammenballt, wird seine unüberwindliche Riesenkraft in die Waagschale werfen, die Kraft, an die die tatsächliche Bourgeoisie samt ihres Hitler und ihrer sozialdemokratischen Stützen zerbrechen werden.

Die Arbeitervolks muß sich nach härterem Interesse die Wünsche der deutschen Bourgeoisie auf Gleichheit zur Wahrheit

und ihre Forderungen nach Kolonien beschließen, die nicht zugänglich wieder von Papen in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt werden sind. Was sind die Forderungen des deutschen Kapitalismus auf ungestörte Kriegsvorbereitung.

Antifaschistische Aktion in den Betrieben wird die Pläne der faschistischen Bourgeoisie zunichte machen, von der Rikheit und dem Tempo ihrer Entwicklung und Ausweitung, von der Kampfesfähigkeit der Arbeiterschaft hängt es ab, wann das Prädikat über das kapitalistische System liegt.

## Die SA meutert

Wie groß die Schwierigkeiten des Legalitätskurses des Hitler und Co. sind, dafür sprechen die sich täglich mehrenden Arreste, Fehlerrichtungen innerhalb der Bürgerkriegsgeraden der SA und SS. Nicht nur in einzelnen Städten Sachsen geht die Zersetzung mit großer Schnelligkeit vorwärts, sondern auch in Berlin ist es jetzt bereits zur offenen Meuterei gegen die Führung gekommen. Dieser Umstand hat auch dazu geführt, daß Heilbohr, der Berliner Gauleiter der SA, in seinem Urlaubsschreit bereits zugeben mußte, daß eine harte Verbrennung herrscht, die er

mit leeren Worten zu beklagen scheint. Die Streitigkeiten zwischen den SA-Männern nehmen immer schärfer zusammen an. Woraus das bereits führt, sollte ein Beispiel vor der Bevölkerung des Münchner Brunnens Hauses.

## Messerstecherei zwischen SS und SA

In München hat der Standardführer und SS-Mann (Militant und früherer Offizier) Wagner im Berlino eines Streites den SA-Mann Ludwig Wellhöfer durch einen Stoß der zum Rücken in die Pumpe drang, und den SA-Mann Schatz, daß durch einen heftigen Schlag verletzt. Beide Verletzten mußten ins Krankenhaus geschafft werden, wo sie in betäubtem Zustand danteilnahmen.

Wie immer bei solchen Vorfällen wurde auch diesesmal von einem bürgerlichen Nachrichtendienst die Weisung verbreitet, daß die SA-Leute im Streit mit Kommunisten verlieren würden. Die Unterstellung ergab aber doch den wirtschaftlichen Tarifstand, so daß der bürgerliche Nachrichtendienst seine erste Meldung widerruhren mußte. Der Vorfall hat sich folgendermaßen abgespielt:

Der eine der SA-Leute hat — ob mit provokatorischer Absicht, ist noch nicht feststellbar — „Rot Front“ gerufen. Der SS-Außerbürger Wagner, der des Wege kam, ging sofort auf die SA-Männer zu, worauf sich der SA-Mann als Mitglied der NSDAP vorstellte. Wagner verlangte nun von ihm das Ausmeis, was der SA-Mann verweigerte. Auf diese Belästigung hin kam es in einem Streit, der schließlich dazu führte, daß der SA-Mann die beiden SA-Leute niederstreckte.

Der Vorfall zeigt wieder einmal, daß einem Kapitänsführer der Ruf „Rot Front“ genügt, um bedenkslose Menschen über den Haufen zu stossen. Zugleich haben die SA-Männer ein andauerndes Beispiel dafür, daß ihr Leben für den Führerklingel keinen Preiswert ist.

# Differenzen zwischen Papen und Luther

„Arbeitsbeschaffung“ mit Reichsbankkrediten. Inflationistische Maßnahmen in Sicht

Die Papenregierung hat die Durchführung eines „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ angekündigt. Obwohl die Arbeitslosen, die bei den geplanten Bauarbeiten beschäftigt werden sollen, nur die dämmige Unterstützung erhalten sollen, waren zur Durchführung auch der minimalen Arbeitsmittel und infolgedessen auch bestimmte Geldmittel notwendig. Über die Finanzierung der „Arbeitsbeschaffung“ sind zwischen der Papenregierung und dem Reichsbankpräsidenten Luther Differenzen entstanden. Unter der Überschrift „Arbeitsbeschaffung bei leeren Händen“ berichtet „Der Deutsche“, die Tagesszeitung der christlichen Gewerkschaften, am 17. August u. o. folgendes:

„Die Durchführung der Arbeitsbeschaffung erfordert einige hundert Millionen Mark. In den öffentlichen Räumen ist daher nichts verfügbar. Der Gedanke der Büromiete ist aufgegeben, es wäre für seine Durchführung auch wohl zu spät. Infolgedessen ist dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm ebenso zwecklos, wie die Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten durch den Abbau des Tarifvertrages, denn es bleibt für die Finanzierung höchstlich dann nur noch der Ausweg, die Reichsbank in Anspruch zu nehmen. In der der Regierung nahestehenden Presse heißt es zu diesem Punkt, die Pläne der Regierung seien bisher dadurch bereitstellt worden, daß die Hauptförderung, nämlich die Finanzierung des Programms, so schnell nicht behoben werden konnte. Die Reichsbank weigerte sich, die notwendigen Kredite zu geben... Man kann nur wünschen, daß die Reichsbank auf ihrem Standpunkt verbleibt, denn was hier von der Reichsbank verlangt wird, ist nichts anderes, als die Finanzierung öffentlicher Arbeitsbeschaffung durch großzügige Inanspruchnahme der Reichsbank. Das wäre Inflation.“

Die Meldungen des „Deutschen“ zeigen, wie wenig die Papenregierung eine großzügige Arbeitsbeschaffung durchführen kann. Der freiwillige Arbeitsdienst wird bis jetzt durch die Arbeitslosenversicherung finanziert. Aber trotz der hohen Beiträge von 65 Prozent, trotz des drastischen Unterstützungsabbaus und trotz der neuen Steuern, der „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“, sind die Mittel der Reichsbank noch wie vor der Kürzun. Tatsächlich kommt, daß der freiwillige Arbeitsdienst dieser Arbeit in Masse arbeitslos gemacht hat. Woher soll also die Papenregierung die Mittel zur Durchführung eines „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ nehmen? Die Papenregierung ist lediglich verständlich nicht gewillt, den auf über 800 Millionen jährlich angekündigten Webalet abzubauen oder die gigantischen Polizeiaufgaben zu verringern. Ebenso wenig ist sie bereit, die von der RPD vorgeschlagene Milliardensteuer durchzuführen. Der für alle Werktäglichen verhangnisvolle Weg der Reichsbankkredite kann alles andere bringen, nur keine sichtbare Verringerung des ungebührlichen Arbeitslosenheeres.

Der Weg, den die Papenregierung gehen will, ist die Erfüllung der Forderungen der Nazis und auch der bürgerlichen Bourgeoisie. Sie ist die einzige Möglichkeit, die Arbeitsbeschaffung zu realisieren. Das ist der einzige Weg, der die Arbeiterschaft in den allgemeinen Bankrott des Reichs mündet.

Erfüllung der Forderungen der Faschistführers und auch der arbeiterfeindlichen Wünsche der NSDAP-Führer, die ebenfalls die „Arbeitsbeschaffung“ durch „Kreditermittlung“ wollen. Schon längst haben sich dabei Nazi- und ADGB-Führer auf einer Linie getroffen. In der Reichstagsrede vom 1. Mai erklärte der Naziführer Gregor Strasser an die Adressen der Farben:

„Leider das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften lädt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuwirken und lehnen in dem im Organ der Freien Gewerkschaften vor Wontiniti die dafür entworfenen Finanzierungsplanen viele Gedanken, die unsre Gedanken sind.“

Was Nazi- und ADGB-Führer fordern, würde nur die für den arbeitenden Massen in Stadt und Land ungemein verhängnisvolle Arbeitsbeschaffung bringen.

Die tatsächlich geliebte Bourgeoisie kann den Millionen Arbeitern nicht Arbeitsmöglichkeit und Brot verschaffen. Aller der Weg des Kampfes, den die RPD wählt, und der zu sozialistischen Aufbau führt, kann, wie das Beispiel der Gewerkschaften zeigt, die Arbeitslosigkeit liquidieren.

## „Arbeitsbeschaffung“ durch neue Steuerbelastung

Die bürgerliche Presse berichtet davon, daß der Präsident des deutschen Landesvereins, Landrat a. D. Dr. Gereke einer Pressekonferenz ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden“ entwidmet habe, das durch „einsame Ausbildung der öffentlichen Hand bei den öffentlichen technischen Dienststellen“ finanziert werden soll.

Nazi- und Reichsbankvertreter sollen bezeichnenderweise in der Pressekonferenz den bürgerlichen Zeitungsmeldungen zufolge „ihre ungeteilte Zustimmung“ zu Gerekes Plan erzielt haben.

Das entscheidende an diesem Plan ist die Tatsache, daß die Forderung dieser Kreditshöhung „in der Steuerkraft der Bevölkerung“ geliebt werden soll.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als daß die für die Arbeitsbeschaffungspläne der Papenregierung benötigten Gelder aus den losen unter dem unerträglichen Strafverband leidenden Massen herausgepreist werden sollen. Gleichzeitig ist das, was Dr. Gereke der Bourgeoisie da empfiehlt, ein weiterer großer Schritt in den allgemeinen Bankrott des Reichs.

Wie dem aber auch sei — die Steuerstrafe ist der Bourgeoisie eine nach genehmigte Zuflucht als die ebenfalls im Zusammenhang mit den Arbeitsbeschaffungsplänen erwogenen inflationistischen Maßnahmen.

Die Arbeiter, und vornehmlich die Erwerbslosen müssen erfahren, daß in den von der Bourgeoisie-Presse so laut befürworteten „Arbeitsbeschaffungsplänen“ der Papenregierung eine große Gefahr ihrer weiteren Ausplünderung und ihrer verächtlichen fachlichen Bedeutung besteht. Dagegen heißt es alle Arbeiter und Erwerbslosen im Zeichen der antifaschistischen Aktion mobil zu machen.

## Polizei im Leipziger Bartelhaus

Im ganzen Deutschland unternimmt die Polizei in verhältnismäßig kurzer Zeit gegen die Kommunistische Partei und gegen die revolutionären Massenorganisationen. Am vergangenen Sonnabend erschien zwei Kriminalbeamte im Büro der RPD-Büro in Leipzig, wo sie den Gen. Fritz Selbmann juckten, der jedoch nicht anwesend war. Das ganze Bartelhaus und die angrenzenden Straßen waren während dieser Zeit mit Polizei-Patrouillen umstellt.

Während dieser Zeit wurden in der Wohnung des Gen. Selbmann sowie an verschiedenen anderen Stellen, an denen man vermutete, Beschlüsse vorgenommen. Gleichzeitig lag die Polizei den Gen. Selbmann Lager in dem Hotel, wo er zu Mittag zu essen pflegte. — Ein Grund für diese Aktion gab die Kriminalpolizei nicht an.

## Streit der Straßenhändler in Leipzig

Die Straßenhändler des Stadt Leipzig sind am 15. August früh in einen Protestkampf gegen die vom Rat geforderte Warenabgabe von 1,50 Mark pro Tag getreten. Eine 300 Straßenhändler haben von den Geschäftsführern keine Ware mehr gekauft.

Die Leipziger Arbeiterschaft bringt den Kampfenden Kleiderarbeiter, die vollte Arbeitenden die volle Sympathie entgegen und wird helfen, den Streit bis zum Erfolg durchzuführen.

# Gondergerichte in Aktion gegen Antifaschisten

Die ersten Urteile: Zuchthaus und Gefängnis gegen RPD- und Reichsbannerarbeiter

Götters und Vorgesetzten haben die von der Papenregierung eingezogene Gondergerichte ihre ersten Urteile gefällt. Die ersten und nicht nationalsozialistische Menschenrechte, Gewissen und Handgranatenwerfer. Die ersten Opfer der Gondergerichte sind vierzig ausnahmslos Arbeiter, Antifaschisten, Kommunisten und Reichsbannerrechte. Schwarze Zuchthaus- und Gefängnisurteile wurden gegen sie gefällt.

Im Königsberg wurde ein Arbeiter zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, ein anderer zu 1 Jahr Zuchthaus, ein dritter zu 1 Jahr Gefängnis, ein vierter zu 10 Monaten Gefängnis, und sechs Arbeiter zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Arbeiters waren angezeigt wegen Teilnahme an einem Zusammensetzen mit nationalsozialistischen Sturmabteilungen, die bei einem Marsch durch ein Arbeiterviertel propagierten. Von den zwölf Zeugen, die vernommen wurden, waren achtzehn organisierte Nazis und einer gehörte dem Stahlhelm an. Auf Grund der Auszügen dieser Zeugen hätte das Gericht das ungebührliche Urteil.

In Breslau wurde von dem Gondergericht die Bandenarbeiterin Martha Kurok wegen schweren Landstrafenbruchs und Absturzschwerverstoß zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der 19jährige Arbeiter Kupke erhielt 1 Jahr Gefängnis, der 16jährige Jente und der Verkäufer Magdalener erhielten je 6 Monate Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten waren angezeigt wegen Teilnahme an Zusammensetzen, die sich anlässlich einer Goebbel-Verkommung in Breslau durch das propagende Kästchen der SA-Brudern ereignet hatten.

Der damals Gericht wurde der Reichsbannermann Hohle zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Staatsanwalt hatte ein

## Die Verfassung der USSR.

... Die Verfassung der UdSSR ist das Grundgesetz der Sowjetunion aus den Trümmern des Russischen Reiches entstanden sind. Die Verfassung der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) ist das Grundgesetz des größten und bedeutendsten dieser Staaten. Das freigegte Proletariat beschloß bereits im Jahre 1918, wenige Monate nach dem Oktobersturz, die Gründungshandlung der Republik in einem einheitlichen Staatsvertrag zu veranlassen. Diese erste Konstitution des Arbeitervolkes war vor allem deswegen eine epochenmäßige Tat, weil die Verfassung, um mit Lenin zu sprechen, „nicht das Werk von mir und nicht von anderen Verfassungen abgeleitet ist...“ Sie sind die Erfahrungen des Kampfes und der Organisation des proletarischen Volkes gegen die Ausbeuter im Inlande und in der ganzen Welt niedergelegt. Sie wurde daher zum Vorbild für die Verfassungen der anderen proletarischen Staaten, die während des Bürgerkrieges in den Jahren 1918 bis 1920 entstanden sind, soz. um ihre ältere Schwester, die RSFSR, gruppieren...

### Keine Klassen – kein Staat

Man kann im allgemeinen sagen, daß im Gegensatz zu den individualistischen Verfassungen der Bourgeoisie die Grundgesetze des Sowjetstaates vom kollektivistischen Geiste durchdrungen sind. Es ist bekannt, daß das Proletariat nicht mehrlos, sondern wohlbewußt mit der wissenschaftlichen Theorie von Karl Marx in den Revolutionskampf eintrat. Dieser Eintritt sicherte ihm einen gewaltigen Vorsprung. Er trug in hoher Weise zum Siege der Revolution bei. In unserer Epoche des Imperialismus und des proletarischen Revolutionen hat Lenin die Marxistische Lehre weiter ausgebaut und gezeigt, wie sie beim Bau des neuen Staates am fruchtbringendsten anzuwenden ist. Die Verfassung der RSFSR verfünet gleich in Artikel 1 die Hauptzwecke und Grundziele des Proletariats und zeigt an ihrer Seite

„die Bewirklichkeit des Kommunismus, der weder Klasseunterchiede noch Staatsgrenzen kennt“.

Die politische Herrschaft des Proletariats ist nicht Selbstzweck. Sie ist derart, den Übergang der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus leichter zu gestalten und zu beschleunigen, deshalb vor allem den Übergang von der Knechtlichkeit des Proletariats mit ihrem Elend, ihrem Konkurrenzkämpfen, ihren Arten und Streiken zur plamärmigen sozialistischen Produktion... den Übergang vom Klassenkampf, von der Ausbeutung der Bevölkerung, von der Krimi, von den Leidern und der Entartung der verfehlten Millionenmassen... zur klassenlosen Gesellschaft, in der Privateigentum an den Produktionsmitteln, diese Quelle des Elends, des Zwielichts und der Unrat, die die Menschheit zerstören, abgeschafft sein wird. Ist es nicht einleuchtend, daß in einer klassenlosen Gesellschaft der Staat die Machtdiktatur, die im Prozeß des Klassenkampfes entsteht und der herrschenden Klasse zur Unterdrückung und Niederhaltung der anderen Klasse dient, seine Existenzgrundlage mehr haben wird. Das Proletariat wird indes nie und nirgends im Stande sein, den Staat mit einem Schlag zu vernichten, ebenso wie es auch die sozialistische Emanzipation nicht mit einem Schlag herstellen kann. Marx hat nachgewiesen, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine Übergangsperiode liegt, die nichts anderes sein wird als die Diktatur des Proletariats. Diktatur des Proletariats aber bedeutet vor allem Zerrüttung des auf dem Privateigentum beruhenden Staates und Aufbau einer neuen politischen Organisation, die sich von der bürgerlichen Staatsmaschine (scharf) unterscheidet...

Auszug aus der Einführung zur „Verfassung der UdSSR“. Deutsche Ausgabe, Verlag Wols, Moskau 1925.

Moskau soll bemüht sein, ein Institut zur Ausbildung von Filmtechnikern erhalten. Es wird geplant, ein Gebäude im Umlauf von 100 000 Kubikmetern errichten, in dem eine kinematographische Hochschule und ein Kinematheum untergebracht werden sollen. Die Zahl der Studenten wird auf 1500 berechnet, dazu kommt noch eine Arbeitsabteilung für 1200 Personen. Das Institut soll mit den neuesten Errungenschaften der Technik ausgerüstet werden und alles enthalten, was zur Ausbildung von Filmtechnikern und Filmangestellten notwendig ist. Mit dem Bau soll noch im laufenden Jahr begonnen werden.

## Chinesische Bourgeoisie überläßt Jehol den japanischen Räubern

Ein schändlicher nationaler Verrat / Japan übernimmt offen die Verwaltung der Mandchurie

Shanghai, 16. August. Chiang Kai-shek, der Präsident der chinesischen Republik, hat wieder einmal auf das erbärmliche die nationalen Interessen der chinesischen Werthäuptlinge verzichtet: Nach einer Meldung des Telegraphenagentur wurden die chinesischen Truppen aus der Provinz Jehol herausgejagt. Den einflussreichen japanischen Herren werden nun die roten Partizipen heldenmäßig entgegengestellt. Die chinesische Regierung hat den Japanern Jehol und damit das Mandchuriedebiet gegen die Mongolische Volksrepublik in die Hand gespielt, ähnlich wie sie im vergangenen Jahre die Mandchurie und später Schanghai den japanischen Räubern überließ.

Die japanische Regierung hat an den Völkerbund einen Bericht geschickt, wonin sie mitteilt, daß sie den General Muo mit außerordentlichen Vollmachten in der Mandchurie entliehen. General Muo soll Gouverneur der wichtigen Provinz Manchuria, Oberkommandierender der japanischen und mandchurischen Truppen und oberster Vertreter der verschiedenen japanischen Einrichtungen und des Konsulardienstes sein.

Der Berat Chiang Kai-sheks in Jehol sowie die neuen

japanischen Maßnahmen in der Mandchurie, wo heute infolge der Kriegsverbrechen 8 Millionen Menschen vom Wassers- und Hungertod bedroht sind, werden eine neue fühlbare Offensiv der herkömmlichen chinesischen Maffen gegen ihre ins- und ausländischen Feinde zur Folge haben.

Gleichzeitig ist die Meldung an den Völkerbund eine Verfehlungsmachung gegen die für die Septemberberatung ausgetriebene „Kritik“ am japanischen Feldzug in der Mandchurie. Die Mandchurie-Völkerbundskommission hat die chinesischen, einige der bereits allgemein bekannten Grenzen der japanischen Truppen „auszudecken“, um dem stark bestreitbaren Völkerbund in den Augen der Massen wieder einiges Recht zu verschaffen. Japan stellt den Völkerbund erneut vor vollendete Tatsachen und droht wiederum mit dem Austritt, falls auch nur eine Scheitreibung droht wird.

Der Verrat Chiang Kai-sheks in Jehol sowie die neuen japanischen Maßnahmen in der Mandchurie, wo heute infolge der Kriegsverbrechen 8 Millionen Menschen vom Wassers- und Hungertod bedroht sind, werden eine neue fühlbare Offensiv der herkömmlichen chinesischen Maffen gegen ihre ins- und ausländischen Feinde zur Folge haben.

## Kinder der belgischen Kumpels in Deutschland

Tafbereite Solidarität muß den Sieg der belgischen Bergarbeiter sichern

Am Sonnabend 19. der erste Transport von Kindern der streikenden belgischen Bergarbeiter in Solingen-Böhlig eingetroffen. Die Kinder wurden von der J.A.S. in Pflegestellen untergebracht. Obwohl die Zukunft der Kinder erst kurz vorher bekannt wurde, hatten sich viele Weiber am Bahnhof eingefunden, die für mehrere Wochen ein Kind der heilkundigen Bergarbeiter aufzunehmen.

Die J.A.S. hat in Rheinland hunderte weitere Pflegestellen für Kinder beschafft.

Wer die belgischen Bergarbeiter in ihrem heroischen Kampf unterstützen will, der ziehe auf die Sammelstellen der J.A.S., um zur Aufrichtung des Jahrgeldes für die betroffenen Kinder im Rheinland unterzubringenden Kinder beizutragen.

Die Solidarität des deutschen Proletariats mit den streikenden Bergarbeitern muß darin ihren Ausdruck finden, daß in Deutschland keine Streitkraftswacht gefordert, keine Tonne Kohle noch Belgien geht, aber tausende Kinder der belgischen Bergarbeiter Aufnahme bei den Werkstätten in Deutschland finden.

### Das ist System, gegen das wir antreten!

In der Tschechoslowakei liegt eines der stärksten hungernden Europa, die Kapitalherrschaft. Sogar sozialdemokratische Wähler, die gewöhnlich an den bürgerlich-faschistischen Koalitionsregierungen keine Kritik üben, schreien über das Hungerelend. So z. B. das „Bezirki Provo Libu“ vom 16. August:

„In den Gemeinden, die in der Nähe von Uherské Hradiste liegen, hat die Verdöllung schon heute die elternen Kreise der Winterernährung, Kartoffeln, verzehrt. Dem Winter geht sie also mit der besten Hoffnung auf Hunger entgegen. Man braucht nicht besonders zu betonen, daß dort, wo keine Kartoffeln sind, auch kein Brot ist. Und wirklich, viele Familien haben schon sechs Wochen kein Brot gesehen.“

Die Ortsvorsteher des Bezirks Tocno sandten an den Ernährungsminister ein Telegramm, in dem sie um die sofortige Zuteilung von 120 Waggon Weizen ersuchten, da sie andernfalls

für Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ nicht garantieren könnten.

Eine indirekte Antwort der Regierung auf diesen Anschrei von Hunderttausenden verhungerten Menschen ist eine Meldung aus Prag: die bestätigt:

„Unweit von Bohuslavice wurden 100 000 Kilogramm Getreide in die Elbe geschüttet. Das Getreide lagerte in einer im Bodenboden liegenden Falle und wurde, weil es nicht verkauft werden konnte, vernichtet.“

## Generalstreik in Granada

wegen Unzäglichkeit der Regierung gegen die monarchistischen Reaktionäre

Madrid, 18. August. In Granada, wo die Regierungsbehörden wie überall mit großer Wildnis gegen die monarhistischen Parteidiktatoren vorgegangen, bogen einen Arbeiterschlaf ab, der nach der Demonstration für die Herrschaft der Arbeiterschaft und Bauern als einzige Sicherung gegen reaktionäre Umstöße bestätigte. In die gesamte Arbeiterschaft in den Generalstreik getreten. So folgt damit das Votum der kommunistischen Partei Spaniens.

So legen beim Vorberaendenden Komitee in Paris bisher etwa 3000 Delegierten aus den verschiedensten Ländern zum Internationalen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg in Afghanistan vor. Am nächsten 18. des Sept. der Delegierten in Frankreich, wo 1500 Delegierte gewählt werden. Die Tschechoslowakei folgt mit 200 Delegierten. Die Zahl der deutschen Delegierten beträgt 200, der englischen 100, der polnischen 150, der tschechischen 200, der schwedischen 30, der österreichischen 20 und derjenigen aus den Balkanländern 30. Auch aus allen anderen Ländern liegen Delegationsmeldungen vor.

## Klassenbewußte Arbeiter werden Mitglied und decken ihren Bedarf im Konsumverein Vorwärts!

**Mike Pell:**



Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 23

18. Fortsetzung

Nach dem Aussehen der Hafenanlagen zu urteilen, haben sie hier auch noch allerhand zu lernen“, meinte Blady.

„Natürlich haben sie. Du warst ja in der Welt des Telephones und des Telegrafen, der Eisenbahnen und Flugzeuge, der Dampfheizungen und Funktionen hineingepackt! Die Kapitalisten ließen dich lesern und schreiben, weil sie glühende Gläser für Maschinen brauchen. Über all das mußte die russische Arbeiterklasse in weniger als zehn Jahren selber lernen. Ist es ein Wunder, wenn sie Maschinen noch nicht so sicher handhaben können? Ist es ein Wunder, wenn sie noch nicht alles, was sie brauchen, bekommen haben?“

„Allright“, unterbrach ihn Gunnar, „aber das erklärt noch immer nicht...“

„Aun zu deiner Sache. Du versteht nicht, warum die Schauspieler so schlecht gefallen sind und warum sie nichts Besseres zu essen haben. Über du siehst all die Maschinen, die du auf deinem Rollen mit herüber gebracht hast. Und du hast all die anderen Ladungen geladen, die man von England, Deutschland und einem Dutzend anderer Ländern hereingebracht. Wer, meinst du, bezahlt all diese Maschinen? Die Arbeiter müssen sie bezahlen, denn sie kaufen diese Maschinen für sich selbst, um damit ihr Land aufzubauen. Und sie bezahlen diese Maschinen mit dem Beträcht auf gute Kleidung und andere Notwendigkeiten. Über die Sowjetarbeiter läuft es ganz genau, doch in letzter Zeit eben diese Maschinen Ihnen

zurüdgegeben werden. Die Sowjetarbeiter wissen, daß darüber noch lange Zeit verstreichen wird, weil die Maschinen, die sie jetzt kaufen, hellen müssen, Fabrik und weitere Maschinen zu bauen, die dann ihrerseits alle Bedürfnisse der Arbeiterschaft befriedigen werden. Die Hafenarbeiter der Sowjetunion wissen, daß jedes Stück Maschine, welches sie kaufen, ihnen und ihren Freunden gehört. Und deshalb macht es sie nicht krasse, wenn sie in alten Kleidern umhergehen und nur Schwarzbrodt mit Fleisch essen. — Sage mit“, fragte er Gunnar, „sagen die Hafenarbeiter hier verhungert aus?“

„Das kann ich nicht behaupten.“

„Sagen Sie unglaublich aus?“

„Nein.“

„Sagen Sie aus wie die gehängten Sklaven der kapitalistischen Länder? Haben Sie Angst, Ihre Köpfe oder Ihre Stimme zu verlieren?“

„Wieder mußte Gunnar zugucken, doch dann nicht so sehr.“

Der Bootsmann lärmte herum und brüllte:

„Zeit, aufzutreten!“

Gunnar und der Delegierte lächelten. Weißer: „Ist du nun dahintergekommen?“

„Ist allright!“ gab Gunnar lächelnd zurück.

XIV. Arbeiters zweies Geleimes.

Nachmittags besorgte der Bootsmann Gunnar und Stanley dazu einer Schwung Gelemitäde umzuhauen, die im Zwischenbetrieb lagen. Das darunter befindliche Holz sollte freigelegt werden. Die russischen Schauspieler lagen auf den Säulen und auf der Holzladung, rutschten und schaute. Einige von ihnen, die jüngeren, lachten. Es war eine ihrer Abkopplungen. Zuerst sollte Gunnar große Schwierigkeiten, als er den Russen befreit werden wollte, da mächtiger den Platz räumen. Als sie ihn endlich vertrieben, lachten sie alle und hielten mit. Jeder schwang sich einen Zementstab und hänsche Blady unter höhnischen Scherzen beiseite. Das war erstaunlich für die beiden kapitalistischen Arbeiter. Hier waren Kerle, die freiwillig eine Arbeit taten, für die sie nicht bezahlt wurden! Die Arbeit, welche Gunnar und Stanley über 90 Minuten gekostet hätte, war in weniger als zehn Minuten erledigt. Stanley verteilte amerikanische Zigaretten und die Hafenarbeiter gaben den Amerikanern einige ihrer Kapazität. Einer der Russen, ein jenseitserbauerter Insitzer, wurde mit schwerem Lodenhaar unterm Stanley und Gunnar: „Was redet ihr Brüder?“

(Die Arbeiter und Hafenarbeiter, Stanley und Gunnar begannen zu lachen. Durch Zerknirschende lachten sie die Russen um.)

Arbeitsbedingungen, über Stromen, über Lebensmittelpreise und vergleichen. Die Russen hingen aus erstaunt, daß nach den Verhältnissen in den kapitalistischen Ländern.

Da sie des Stützen zusammen laufen mussten, sagten sie, daß sie einander verstehen. Das zeigt sich auch, als der Erste herausgetreten ist, um die Demonstranten für die Herrschaft der Arbeiterschaft und Bauern als einzige Sicherung gegen reaktionäre Umstöße bestätigte. In die gesamte Arbeiterschaft in den Generalstreik getreten. So folgt damit das Votum der kommunistischen Partei Spaniens.

So legen beim Vorberaendenden Komitee in Paris bisher etwa 3000 Delegierten aus den verschiedenen Ländern zum Internationalen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg in Afghanistan vor. Am nächsten 18. des Sept. der Delegierten in Frankreich, wo 1500 Delegierte gewählt werden. Die Tschechoslowakei folgt mit 200 Delegierten. Die Zahl der deutschen Delegierten beträgt 200, der englischen 100, der polnischen 150, der tschechischen 200, der schwedischen 30, der österreichischen 20 und derjenigen aus den Balkanländern 30. Auch aus allen anderen Ländern liegen Delegationsmeldungen vor.

XV. „Was kann die menschliche Natur nicht überwinden?“

Zog war schon vorher in Lenningrad gewesen. Er wußte, wo sich der Club befand, und so ging eine ganze Kolonne seiner Kollegen mit ihm.

„Sieh mal“, rief Eddie und deutete auf eine vorübergehende Straße, „die haben sogar Frauen als Wagenführer!“

Sie passierten eine Gruppe Arbeitnehmer, die auf die Straße marschierten.

„Eins ist sicher“, bemerkte Zog. „Sie sind jetzt viel besser angezogen als im vorigen Jahr und leben auch besser genährt aus.“

„Gut“, fiel es auf, daß alle Passanten etwas zu tun haben. Niemand lugte herum. Keiner war obdachlos. Keiner wanderte ziellos durch die Straßen, um eine wohlbekannte Polizei an Kosten anzutasten. Bettler waren nicht in Sicht.

„Junge, Junge“, meinte Blady, „diese alten Häuser könnten auch mal wieder gefrisch werden.“

„Nein“, sagte Zog, „die wird man schnellhans abziehen, wenn es kommt.“

„In der nächsten Straße steht ein: „Sieh dort drüben, ein ganz neuer Arbeiterswohnblock. Seht ihr den Unterschied?“

„Dummer“, meinte Zog, „was haben die Hälter für große Fenster?“

„Nüchtern“, sagten die Arbeitnehmer bei Eddie ein: „He, Zog, wie kommt es, daß hier keine Polizisten zu sehen sind?“ „Nichts“, erwiderte Gunnar.

„Wie kommen Sie“, fragte Gunnar?

„Zog versteht dies zu erklären.“

„Hier gab's auch voriges Jahr nicht viele Polizisten, außer den Verkehrsbeamten. Und auch davon sind manche gestorben.“

„Junge, Junge, die Weiber müssen dies Band richtig unterschreiben.“

„Dumm“, sagten die Arbeitnehmer.

(Zog lachte.)

**L Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter Angestellte und Beamte in Ost Sachsen**

Dresden-A.	Kaditz-Uebigau
<b>KLISCHEESEN</b> KLISCHEFABRIK PAUL WEBER REICHENBERGER STRASSE 27 DRESDEN	Reserviert Sir, Wittgendorf Brot- und Weißbäckerei Alfred Dahme Kauft nur bei unseren Insassen
Emil Leistner, Hermidorf 55 b, Dresden	
	Reserviert Sir, Wittgendorf Brot- und Weißbäckerei Alfred Dahme Kauft nur bei unseren Insassen
	Zittau
<h2>Jentsch-Bier</h2> <p>erquickend, labend am Tag und auch nach Feierabend!  <b>Eigener Ausschank in Zittau: Innere Weberstraße 11</b></p>	
Das schone Ausflugslokal <b>Wickertsberger Schlosschen</b> Wickertsberger Straße 44 50254	Alles frisch! NOBLESSE • 1,74,- 1,28 RM Kleinverkauf Tabakhaus Koppe 50255
<b>Kauft Schuh bei Marschner</b> Reichenberger Straße 32 50257	H. Wurst- und Fleischwaren <b>R. Clemens</b> , Reichenberger Straße 13 50258
<b>Dampfmolkerei Zittau</b> Empfiehlt ihre Erzeugnisse 50258	Speisehaus Hackepeter und Wiener Café Täglich Käsemarken von 16 bis 18 Uhr und 20 bis 1 Uhr 50259
Lebensmittelgeschäft, Tabakwaren <b>Ch. Schröder</b> , Löbauer Straße 7 50255	<b>Oswald Wächtig</b> Inhaber: Albert Wünsche Neißstraße 5 — Fernruf 3607 Sämtliche alkoholfreien Getränke Landkron-Biere 50260
R. Wurst- und Fleischwaren <b>G. 2Doll</b> , Reichenberger Straße 17 50260	H. Fleisch- und Wurstwaren Adolf Kindtner Bahnhofstraße und Fleischhaken
Kauft- und Briefhandlung <b>Karl Hilbig</b> , Maxstraße 1 Plauenscher straße 10 50264	
<b>Homburger Nalee-Lager Inn.</b> <b>Arno Knüpfer</b> , Niederlage Thoms & Garis • Innere Weberstraße 48 — Reichenberger Straße 40 50265	Reserviert
Hörnitz	Obersellersdorf 50266
<b>ALBERTSAAL</b> hält sich für Veranstaltungen bestens empfohlen — Plauenscher 27/28 50267	Kauft im Geschäft am Platz bei <b>Alwin Feder Sieber</b> 50268
<b>Richard Böhmer</b> , Materialwaren Fleischerei, Autovermietung Tel.-Nr. 2441 50268	Brot- und Weißbäckerei <b>Max Weidelt</b> 50276
<b>Brot-, Wein- u. Feinbäckerei</b> Kurt Heinze 50269	Restaurant Fleisch- und Wurstwaren <b>Kurt Schuster</b> 50275
Reserviert	
Jonsdorf	Feldschänke Empfiehlt sich als Verkehrsrast
<b>Richard Knobloch</b> , Nr. 94 50270	Brot- und Weißbäckerei <b>Paul Kolbe</b> 50271
Kolonialwarenhandlung <b>Hermann Ulrich</b> 50271	Reserviert
	Olbersdorf
	<b>Kaiser-Saal</b> hält sich für Veranstaltungen aller Art bestens empfohlen — Ruf 2420 50272

20 Denn's feiner macht:

**Oswald Machis**

Haupthaus:

**Raulbachstr. 31**

Ode-Pöhlner-Straße

und 2 Filialen

Die vorliegende

Einkaufsquellen

folgender

Zündler- und Vollmer-

Möbel

**Saisonschluss-****Verkauf**

Vom 11. bis 23. Juli

**Herr.-Anzüge**

8.00 - 19.00 - 20.00

**Herr.-Mäntel**

8.00 - 19.00 - 20.00

**Herren-Hosen**

1.50 - 2.50 - 3.50

**Sport- und****Oberhemden**

1.90 - 2.50 - 3.50

**Leinen- und****Waschlaken**

1.00 - 2.50 - 3.50

**Windjacken**

3.80 - 4.70 - 5.50

Auf meine regulären

Qualitätswaren

**20 Proz.****Extrarabatt****Emil Hohlfeidl**

Hauptstraße

1000 Dresden 10

T E R M I N

**Spanker!**neue, schöne Modelle  
in Riesen-Auswahl auf**Wühl-Tischen**

D.R.W.Z. 36030


**T E R M I N**
der fleisch- u. wurstladen von dem man spricht  
**dresdner fleischhallen**

• Amalien-Ecke Serrestraße •

Beste Qualitäten zu niedrigsten Preisen • Eigene Fabrikation • eigener Fleisch- und Wurstfabrik-Großbetrieb

**Eine Sendung neuer Fettheringe**

 ist eingetragenes Warenzeichen der deutschen Fettheringe .... Stück 5 Pfennig  
 II. pure milchige Vollheringe Stück 8 Pfennig  
 II. Flocklinge, jedes Doosengröße Stück 10 Pfennig wie GEG-Marken aus der Fleischwaren- und Großküche-Gesellschaft deutscher Konsumvereine  
 II. die Woche Mittwoch, Donnerstag und Freitag II. jede Woche eine neue Sorte  
 Versand aus Mitteleuropa an alle Vereinsgenossen erholt.
 **Konsumver in Meißen eGmbH**
**Fleines Tatelöl** ... Pf. 30  
**Frische Margarine** Pf. 30  
**Kohosett** ..... Pf. 35  
**Schweineschmalz** Pf. 50
 **Carl Bauch**

Pirna, Reitbahnstraße 2

# Massenentlassungen in Krankenanstalten

Rat der „Hygienestadt“ Dresden verschlechtert das Gesundheitswesen. Weitere brutale Abbaumassnahmen auf Kosten der Werkstätigen geplant. Verstärkt die Antifaschistische Aktion in Betrieben zum Kampf gegen Entlassungen, Kulturreaktion und Faschismus

Im Jubiläum wurden, wie von uns bereits berichtet, das Krankenhaus Dresden-Johannstadt und die Kinderklinik geschlossen. Mit diesen Maßnahmen ist die gesundheitliche Versorgung der Dresdner Bevölkerung außerordentlich verschlechtert. Die Kinderklinik war eine der modernsten, die in den letzten Jahren gebaut wurden. Die Kinder sind heute in unzureichenden Räumen des Altenstadt-Krankenhauses untergebracht, in denen ja allemal alles fehlt, was zur gesundheitlichen Versorgung der Kinder notwendig ist. Daselbe trifft auf das Krankenhaus Johannstadt zu. Hier waren in den letzten Jahren Neubau und Umbau durchgeführt worden, die Millionen kosteten. Allerdings heute brach. Die Versorgung des aufgewandten Kapitals aber ist heute höher als das gesamte Krankenhaus in den vergangenen Jahren am Jubiläum erforderte. Das Personal wurde überwiegend zu neuen Johannstadt aus Strohmarkt geworfen. Es reagiert die Erwerbslosenarmee. Ein Teil wurde auf andere Krankenanstalten übernommen. Letztere sollten mit Dauerbeschäftigung reden können. Wie jetzt verlautet, sind neue Massenentlassungen beim Krankenpflegepersonal geplant. Das Arbeitsamt hat in seinem letzten Bericht auf die zu erwartenden Entlassungen im Dresdner Krankenpflegewesen hingewiesen. Dass es sich nicht nur um ein halbes oder ganzes Tausend handeln kann, beweist die Tatsache, dass die kommenden Entlassungen im Bericht des Arbeitsamtes auch öffentlich erwähnt werden.

Diese Maßnahmen bedeuten eine weitere Verschlechterung im Gesundheitswesen der Stadt Dresden. Das Krankenpflegepersonal hat noch nie den Arbeitstag gefordert. Pfleger wie Pflegerinnen und Schwestern müssen 60 Stunden und mehr in der Woche arbeiten. Alle Versuche der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, eine Aenderung dieses unbalancierten Zustandes herbeizuführen, sind an dem Widerstand des reaktionären Dresdner Rates gescheitert. Die Entlassungen bedeuten weitere Verschlechterung der Arbeitszeit und der ärztlichen Versorgung im Kranken. Dagegen gilt es mit aller Kraft Front zu machen! Solidarität die Werkstätigen! Das Krankenpflegepersonal muss zu diesen Maßnahmen des Rates sofort Stellung nehmen. Die Partei muss sein: Weg mit den schändlichen Arbeitsbedingungen!

## RSD-Fraktion gegen Personalentlassungen

Sofort nach Bekanntwerden der Pläne des Rates hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion sich mit dem nachfolgenden Antrag an den SVD-Vorsteher gewandt:

Dresden, 10. August 1932.

Wie aus dem letzten Bericht des Arbeitsamtes vom 1. August 1932 hervorgeht, plant die Stadtverwaltung Dresden größere Personalentlassungen in den südlichen Krankenanstalten. Die kommunistische Fraktion hält es für notwendig, dass das Stadtverordnetenkollegium zu dieser Frage unverzüglich Stellung nimmt und durch einen Beschluss die Entlassungen — die eine wesentliche Verschlechterung des Gesundheitsdienstes wie auch der Arbeitszeit des verbleibenden Personals bedeuten würden — verhindert.

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb:

1. Sofortige Einberufung des Stadtverordnetenkollegiums;
2. Behandlung des folgenden Antrages in dieser Sitzung:  
Kollegium sollte beschließen:

1. Die vom Rat geplanten Entlassungen von Krankenpflegepersonal haben zu unterbleiben;

2. Zum Zwecke der Weiterbeschäftigung des gebliebenen heute noch vorhandenen Personals und der Wiedereinstellung entlassenen Personals ist die Arbeitszeit sofort auf 40 Stunden mit vollem Lohnausgleich herabzulegen.

Ihre Entscheidung baldigst entgegengehend, seienkommunistische Stadtverordnetenfraktion.

## Lächerliche Abiethungsgründe

Der Vizepräsident lehnt ab

Mittlerweile hat der Vizepräsident Kaiser (DVP) die Einberufung abgelehnt mit der lächerlichen Begründung, dass zur Einberufung der Stadtverordneten ein Viertel aller Mitglieder des Kollegiums gehöre. Entlassungen sind für diese Herrschichten kein Thema, das sie hören könne. Jetzt heißt es für alle Werkstätigen, den Kampf zu organisieren gegen Massenentlassungen und Kommunalfaschismus! Verbreitert die Antifaschistische Aktion in den Betrieben!

## Hygieneparadies Dresden ...

In Dresden gibt es zwecklos Geld,

Man weiß damit nichts anfangen.

Wenn manchem aus das Stellen fehlt,

Und mancher jeden Willen zählt,

Und nie die Hungerlöhne langen,

Um so genügend Latzquellen,

So hat man doch noch nicht vergessen,

Dass Dresden Hygienestadt ist.

Und doch, wie ich ja alle weiß,

Man etwas Renommee gebraucht.

(Wenn sonst auch vieles gut nichts taugt.)

Man braucht drum im Handelsmessen

Sich einen Haufen, wunderschön,

Denn man der Volksbegrenzung weicht,

Die lebt im argen weit und breit

Schon seit geräumten Zeiten liegt,

Doch jetzt, da ist sie ganz besiegt,

Die Krankheit, die am Volke magt,

Und manchen auf den Friedhof jagt ...

Wenn man durch Dresdens Straßen geht —

Nicht gerade dort, wo Willen ist —

Da kommt ihr unter laute Gnade

Von einer andern Seite lehn!

Rechts vor Hygiene ist zu finden:

Zerfallne Häuser, die verklungen,

Da hier Proleten bauen müssen,

Zerklump, verhungert und verzillen,

Mit eingefallnen Hungerleibern,

Mit vom Geburt verbrauchten Weibern

An oben, dunklen Elenböden

Wid, Wid, Wid, Rot und Ratten,

Kein Fleisch-Licht, kein dicken Blak,

Kein Bünlichen Grün, nur dunkle Schatten.

So steht „Hygiene“ Dresden aus —

An Stellen, wo Proleten wohnen

Und für den argen Bettelsohn

John sollte Standen lädiert ironen!

Denn Dresden, die Hygienestadt,

Hat nur das Geld, um plump zu probeln.

Doch den Proleten, die verhungern,

Kann man nicht einen Winnig zählen!

So ist's Hygienestadtparadies,

Und so wird es so lange bleiben,

Ihre Herrschaft entkleiden!

Mit

## Aus der Festung entlassen

Der im vorigen Jahre verhaftete Genosse Erwin Linné ist am Sonnabend aus der Festung Auerbach entlassen. Er wurde am 29. Juli 1931 verhaftet und musste 5 Monate und 3 Wochen in Untersuchungshaft führen, ehe die Verhandlung stattfand. Im Prozeß wurde er zu einem Jahr Festung verurteilt, während seine Frau freigesprochen wurde. Der Genosse wird auch weiterhin als aufrechter Kämpfer, den die Festungsherr nur in seiner Überzeugungstreue bestimmen konnte, Mitarbeiten um Sieg für den Sozialismus!

Festungslöser lädt Mauer um

Am Mittwoch gegen Abend fuhr eine in das Reichsbahnamt der Reichsbahn an der Rosener Brücke einfahrende Lokomotive so heftig gegen den Brückkopf, dass die Verbindungsmauer des Brückbaus zwischen zwei großen Steinernen, sowie die sich unter ihnen befindende Mauer zusammenbrach. Die Fenster wurden ebenfalls zertrümmernt; die Lokomotive selbst, die mit den vorherigen Rädern entgleist war, wurde nur geringfügig beschädigt.

Wem gehört das Fahrwerk?

Wie bereits berichtet, wurde von den Tätern bei dem Eisenbahnunfall in der Holzwiese ein gut erhaltener Herrenfahrradkoffer zurückgelassen. Das Motorrad und die Fahrradnummern sind entfernt. Es handelt sich um ein Tourentab mit roter Beleuchtung, Rennlenkung, gelben Felgen und elektrischer Beleuchtung. Der Eigentümer konnte noch nicht ermittelt werden. Er kann sich bei der Kriminalpolizei melden.

## Achtung! Antifaschistisches Aktionskomitee von Dresden! Heute 19 Uhr im Brandenburger Hof wichtige Sitzung!

Bei der Arbeit abgekürzt

Am Reichsbahnabsatzwerk stürzte ein 55 Jahre alter Zügler beim Setzen einer Leiter in zwei Meter Höhe ab. Er bog sich mehrere Rippenbrüche.

Aus der Elbe gezogen

wurde am Dienstag an der Rosener Elbbrücke eine männliche Leiche. Der Tot war mit Badehose bekleidet. Vermutlich handelt es sich um den jungen Mann aus Laubegast, der am Sonntag an der Dampfschiffhaltestelle Hosterwig beim Baden vom Herzschlag getötet wurde.

# Bom Weberaufstand zum Textilarbeiterkampf

Die Maschine zerbrach in den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts den Fleis und die Gesundheit der kleinen Weber und brachte sie in grenzenloses Elend. Bis spät in die Nacht hinein blieben die Weber mit Frauen und Kindern bei ihrem Klempnicht. Der mechanische Webstuhl lieferte um vierzig Gold das mehrfache ihrer Arbeit. Immer größerer Elend trat in die Weberhäuser ein. Der Hungerterror muhte engt geblieben werden, die letzten Hunde wurden geschlachtet und verzehrt, dann liebten die armen Weber nur noch vom Kartoffelschalen. Der Tod raste in den schwachen Körpern der hungernden und leidende Weber.

Das Weberland wurde von den Unternehmern dazu benutzt, den persönlichen Lohn noch weiter zu drücken. Ein Lied entstand damals unter den Weibern, welches die unethische Ausbeutung des Webers durch die Brüder Zwanziger ergreifend zum Ausdruck brachte.

Das Lied wurde wiederholt vor dem Hause Zwanziger gesungen. Endlich, am 4. Juni 1844, brach der Sturm der jähnlichen Weber und brachte sie in grenzenloses Elend. Bis spät in die Nacht hinein blieben die Weiber mit Frauen und Kindern bei ihrem Klempnicht. Der mechanische Webstuhl lieferte um vierzig Gold das mehrfache ihrer Arbeit. Immer größerer Elend trat in die Weberhäuser ein. Der Hungerterror muhte engt geblieben werden, die letzten Hunde wurden geschlachtet und verzehrt, dann liebten die armen Weiber nur noch vom Kartoffelschalen. Der Tod raste in den schwachen Körpern der hungernden und leidende Weber.

Die Maschine zerbrach in den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts den Fleis und die Gesundheit der kleinen Weber und brachte sie in grenzenloses Elend. Bis spät in die Nacht hinein blieben die Weber mit Frauen und Kindern bei ihrem Klempnicht. Der mechanische Webstuhl lieferte um vierzig Gold das mehrfache ihrer Arbeit. Immer größerer Elend trat in die Weberhäuser ein. Der Hungerterror muhte engt geblieben werden, die letzten Hunde wurden geschlachtet und verzehrt, dann liebten die armen Weiber nur noch vom Kartoffelschalen. Der Tod raste in den schwachen Körpern der hungernden und leidende Weber.

Die Textilarbeiter, auch die lächerlichen, wissen, dass sie von diesem Elend nichts mehr zu erwarten haben, sie kämpfen deshalb unter roten Rahmen für eine bessere Lebenszeit. Gestern jedoch wird gegen die lächerlichen Textilarbeiter von Seiten der Unternehmer ein neuer Schlag geübt. Doch die Textilarbeiter haben Tradition, sie werden beweisen, dass sie es verstehen, unter Führung der Kommunistischen Partei und der roten Gewerkschaftsopposition die Schläge der Ausbeuter zu parieren.

Doch ihr Ziel wird sein, die Produktion fällt in die Hand zu nehmen, sobald sich das Proletariat ein sozialistisches System erobert hat.

Das ist eisern

für unsere Fabrikation: Das Gesetz der Qualität.

Die wundervollen bulgarischen Tabake haben Bulgaria Sport zur meistgerauchten 3½ Pfg.-Zigarette Sachsen gemacht.

Bulgaria Sport, die 3½ der Bulgaria mit Sport-Photos

6 Zigaretten 20 Pfg.



## Jedermann sein eigener Totengräber!

Im "Vorwärts" los man dieser Tage folgende Rott:

**Stadt ohne Totengräber.** In Schönowitz (Sachsen) wurde aus Sparsamkeitsgründen der Totengräber abgebaut. Die Bevölkerung muß sich ihre Gräber selber herstellen.

Was brauchen wir noch Totengräber,  
da die Gemeinden doch kein Geld mehr haben.  
Ein jedermann sein eigener Arbeitgeber,  
er kann sich jetzt sein Grab persönlich graben.

Du mußt im Wohlfahrtsboot dich darum kümmern,  
daß, wenn du stirbst, du auch 'ne Bleibe hast.  
Du kannst dir natürlich auch den Sarg noch zimmern,  
fährst eines Tages du zur letzten Ruhest.

Grob die dein Grab — du darfst es nicht vergessen,  
daß man dich nicht zum Abraum transportiert,  
so daß dich dort vielleicht die Ratten treffen  
und dich ein Hund zum Frühstück aßtieren.

Ja, ja, wir leben jetzt in großen Zeiten,  
jetzt wirst du noch dein eigener Arbeitgeber,  
und wenn du eines Tages mußt aus dem Leben scheiden,  
dann wirst du noch dein eigener Totengräber.

Das ist ein kleiner Beitrag zum Gauleitkamus,  
das ist der „Wohlfahrtsstaat“ des Herrn von Papen.  
Doch hierher muß der Kapitalismus,  
sein eigenes Grab wird er sich graben.

## Eine unglaubliche Entscheidung

# Nazi-Bücher soll im Amt bleiben

Wir haben laufend über den Fall Büchert berichtet. Unsere Leser sind demzufolge orientiert über die schweren Vorwürfe, die gegen Nazi-Bücher erhoben wurden. Es handelt sich um Vorwürfe, die einzige daszustehen. So hat Büchert die Stadt Dresden als Bürgermeister, als er noch SPD-Mitglied war, gedrängt durch die Reichs, Dörflich, Krause und Co. im Dresdner Stadtparlament im Fall Atom um 60000 Mark geschädigt. Später wurde bekannt, daß der Staat gegen 6 Millionen Mark durch seine Abmangtransaktionen mit Bananen verloren gegangen sein sollen. Das Tollste aber war sein Brief an amerikanische Banken, in dem er diese zum Eintragen in die Stillhalterverhandlungen aufforderte und erlaubte, ihren Einfluß geltend zu machen, damit der Neuansiedelung genau so bewertet wird, wie der Altansiedelung. Die Verwertung dieses Planes hätte Dresden nochmals zehn Millionen Mark gekostet. Der Schaden aber für die deutschen

Gemeinden wäre in die Hunderte von Millionen Mark gegangen. So betätigte sich Büchert, der mittlerweile sein Parteibuch gewechselt hat und zu den Nazis ging, praktisch als Triebwagen. Wohlstand er im Lande umverreist und für die Nazis gegen die Versklavung durch das internationale Kapital wetten, machte er den Vertretern dieses Kapitals Vorschläge, die Deutschland noch härter verstellen müssen. Das ist die praktische Tätigkeit der Nazi-Kommunalbonzen! Unter dem Druck der Volksversammlung der Westländer in Dresden hatte das Stadtverordnetenamt beschlossen, die sofortige Verziehung in den Amtshand vom Ministerium zu fordern. Ein Antrag der KPD, ihn sofort seines Postens zu entheben, war abgelehnt worden. Jetzt hat nunmehr das Ministerium, wie der Rat mitteilt, auf den Antrag geantwortet. Die Städtische Nachrichtenstelle teilt mit:

„Der Rat zu Dresden nahm in seiner gesetzlichen Sitzung Kenntnis von einer Verordnung des Ministeriums des Innern, nach der sich das Ministerium zu seinem Bedauern nicht in der Lage sieht, die Verziehung des Bürgermeisters Dr. Büchert in den Amtshand einzuleiten. Nach Auffassung des Ministeriums gelten die Vorwürfen, die entgegen dem früheren rechtlichen Zustand eine Verleugnung von kommunalen Wahlbeamten in den einstweiligen Amtshand ermöglichen, nicht für die kommunalen Wahlbeamten, die vor Erlass dieser Verordnung d. i. vor dem 21. September 1931, bereits im Amt waren, sondern erst für die nach diesem Zeitpunkt gewählten Ratsmitglieder.“

Weiter nahm der Rat davon Kenntnis, daß das Ministerium sich nicht in der Lage sieht, dem Antrag auf Ermäßigung der Befreiung Dr. Bücherts von den Geschäften des stellvertretenden Oberbürgermeisters stattzugeben, da gesetzliche Bedingungen entgegenstehen.

Wegen der Ausdehnung des Dienststrafrechts gegen Bürgermeister Dr. Büchert auf weitere Tätigkeiten wird das Ministerium beim Vorliegen des Ergebnisses der bereits eingeleiteten Voruntersuchung Entschließung fassen.“

Dieser Entschluß, mag er sich tausendmal auf formale Bedingungen stützen, ist ein Hauchzug ins Gesicht der Werkstätten. Würde man mit Kommunisten ebenso verfahren sein? Würden Schaden nur ein Bürgermeister angerichtet haben, um teil zu leisten für die Amisenthedung? So werden die Dresdner Werkstätten fragen. Die Wettläufigen müssen daraus ihre Schlüsse ziehen. In der kapitalistischen Gesellschaft sind solche Vorgänge schon seit täglichem Begleitercheinung geworden. Die beste Antwort ist: Eineinheit in die Antifaschistische Aktion! Vorbereitung der Kommunalwahlen, die zu einer wichtigen Abrechnung mit der herrschenden Klasse und ihren Clügen werden müssen!

## Achtung! Rasierklingen, „Drittes Reich“

Ein bedauerlicher Irrtum bei der Geschäftsausgabe

Wir berichteten am Donnerstag vergangener Woche über einen Fall von der Ammoniakstraße. Unbedingt ist uns dabei ein biederlicher Irrtum unterlaufen. Es handelt sich nicht um die in diesem Artikel genannte Dragerie Grande Nachfolger Th. Weiß, sondern um das im nächsten Haus gelegene Geschäft Jäger Weiß, Jäger Th. Weiß.

Die Reaktion überzeugte sich leider von der Richtigkeit und stellte fest, daß he, wie in dem früheren Artikel angegeben, bei der Firma Weiß zwar die Drägerie Grande Nachfolger Th. Weiß, sondern im das im nächsten Haus gelegene Geschäft Jäger Weiß, Jäger Th. Weiß.

Die Reaktion überzeugte sich ferner davon, daß in der Drägerie Jäger, Th. Jäger, eisflüssige Klingen vertrieben würden. Wir bedauern den Irrtum und stellen ihn um so lieber richtig, als unter Kampf ja nicht dem Mittelstand gilt, der heute infolge des Scheiterns der Kaufmacht der Arbeiter, angestellten und unteren Beamten an besseren Strich zu gehen hat, wie leichter unter Kampf gilt jenen Befriedeten eines Systems, das die Volksfront zum Geschäft macht und glaubt, Arbeitern alles bieten zu können.

## Gallische Fünfmarkstufe

Und — wie in verschiedenen Städten festgestellt wurde — im Umlauf. Sie leben matt aus, greifen sich festig an und flingen nicht wie die echten Stude. Wiewohl wir der Auffassung sind, daß der Preis eines Fünfmarkstücks heute für den Arbeiter kein eine Seltsamkeit ist, dürfte es sich doch empfehlen, Vorsicht zu üben.

## Dresdner Volksbühne

Umtausch der Mitgliedsarten und Neuaufnahmen finden werktags von 11—18 Uhr in der Geschäftsräume, Schloßstr. 34/35 II. Stock, Eintrittsgebühr 1 Mark, Jahresbeitrag 2 Mark, Zollstempelabnahmeflor 1,50 Mrd. Alles läßt sich an den Anstellten und staatlichen Tafeln.

Für das Centraltheater erhalten die Mitglieder der Dresdner Volksbühne auf Wunsch Eintrittskarten an der Volksbühnenkasse im Theater.

Freitag, den 26. August, im Keglerheim, Friedrichstraße,

## „Die Matrosen von Cattaro“

Tatsachen aus dem Jahre 1916. Schauspiel des bekannten Stuttgarter Arztes Dr. Friedrich Wolf.

Sichere dir sofort eine Karte zum Vorverkauf!

Eintritt: Erwerbslose 25, Reserveplätze 35 Pfennig, Vollarbeiter 40, Reserveplätze 1,50 Mark.

Zum nur für Mitglieder und Freunde usw.

Freundeskreis „Junge Bühne“, Verein zur Förderung des aktuellen Theaters.

## Röhris im Zoo

Wer im vorherigen Frühjahr in einem der Gänge des Rathauses die winzigen Röhrchen bewundert hat, wird begierig sein, daß es gelungen ist, diese schwer zu haltenden Röhrchen unter den Vogeln — es gibt Arten, die nicht mehr als 2 Gramm wiegen — wieder in einer Reihe von Arten zu richten. Diesmal ist auch ein Vögelchen der Schwäbchenhäuschenparade mit einem langen Gebißmann dargestellt und im Sonnenblume besonders schön wirkten. Der rote, blaue und grüne metallische Glanz des Gefieders kommt aber bei den anderen kleinen Arten viel besser zur Geltung. Hoffentlich gelingt es, durch größte Sauberkeit bei der Darstellung des Ergebnisses die zeitigen Vogelschen lange um Leben zu erhalten. Sie mit dem Nest in lebendigen Blumen und den in den Blüten ebenfalls nach dem Nest zu liegenden kleinen Insekten zu füttern. Es natürlich nicht möglich, selbst wenn man ihnen als Erinnerung an die Deimat geeignete Bilderrahmen in ihren Wohnraum stellt.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Lande-Arbeiterinnen fordern:

## Berft die Faschisten aus dem Betrieb!

**SPD-Betriebsrat fleißt sich läuflend vor die faschistischen Terroristen**

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Zigarettenfabrik Vombe in Dresden forderten die Arbeiterinnen, daß die im Betrieb beschäftigten Nazis entlassen werden. Sie wollen nicht länger mit den faschistischen Terroristen zusammenarbeiten. Sie wandten sich an den SPD-Betriebsrat Reichenbach, daß er der Betriebsleitung die Forderung der Arbeiterinnen unterbreite. Reichenbach schreibt das ab und erklärt noch: „Arbeitet nur ruhig weiter, ich kann gegen die Nazis nichts unternehmen.“ Die Arbeiterinnen sind über das Verhalten dieses SPD-Betriebsrates äußerst empört. Das um so mehr, da Reichenbach hilflos, revolutionäre Arbeiter auf die Straße zu werfen und sich gleichzeitig schügeln vor die Nazis will.

Vor der Wahl hatte eine Arbeiterin ein Patentzeug aus Papier angeleckt, um damit die Nazis zu stoppen. Es dauerte nicht lange, da kam Reichenbach und legte zu der Arbeitserin:

„Sie soll diesen Scherz unterlassen, es könnte ihr sonst die Arbeit kosten.“

Aber jetzt, wo die Arbeiterinnen verlangen, daß die Nazis aus dem Betrieb hinausgeworfen werden, haben sie die vorfristige Auflösung des sozialdemokratischen Betriebsrates. Dieser Fehler der Nazis ist natürlich auch noch angelernter Funktionär des Verbandes. So weit ist es schon gekommen, daß nicht nur die Politik der SPD den braunen Mordspel den Weg bereitet, sondern das jetzt SPD-Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre auch praktisch das Einbinden von Nazi-Schutzberechtigungskommandos in die Werke fördern.

Die Arbeiterinnen der Zigarettenfabrik Vombe dürfen sich

### Erwerbslose, unterstützt die Antifaschistische Aktion der Betriebe!

Die Veranstaltung einer Betriebswoche - ja

der Antifaschistischen Aktion

Et die Zeit vom 14. bis 21. August als Aufkall zur allgemeinen Mobilisierung und Organisierung der Betriebsangehörigen in der Antifaschistischen Aktion stellt auch vor die revolutionäre Erwerbslosenbewegung und vor jeden erwerbslosen Arbeiter die wichtigste Aufgabe der Eingliederung aller Kräfte der Millionenarmee der Erwerbslosen in diese Aktion. Es ist nicht so, wie die reaktionären Elemente aller Schattierungen es gerne haben möchten, daß ein Gegegenkampf stattfinden dem Erwerbslosen und dem betriebsstätigen Teil des Proletariats.

Kämpfe der Vergangenheit beweisen, daß die Bands der Klassengemeinschaft unlösbar sind. In den Streiks der Betriebsarbeiter sind die Erwerbslosen nicht als Streitbrecher aufgetreten, wie das die Bourgeoisie befürchtet und erwartete, sondern die Erwerbslosen haben als Streitheister ihre kämpfenden Kameraden Betriebsarbeiter unterstützt. Die Solidarität der Betriebsarbeiter manifestierte sich bei vielen Kämpfen der Erwerbslosen in Sympathiekreisen zahlreicher Belegschaften. Genauso gibt es auch lebhafte Nähe, wo das Gefühl der proletarischen Solidarität und Klassenverbundenheit tief und so faszinierend - Elementen in den gelang. Kleine Zelle der Arbeitslosen gegen die betriebsstätigen Arbeiter ausgespielt und umgespielt.

Das beweist jedoch nur die Notwendigkeit der Fortführung der gemachten Anstrengungen, das Bündnis zwischen Betriebsstätigen und Erwerbslosen noch enger zu gestalten. Die Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion soll ein Mittel sein, die Erfüllung dieser Aufgabe mit neuen Kräften und im breiteren Umfang in Angriff zu nehmen.

Kein noch so langjährig erwerbsloser Arbeiter ist dem Betriebsleben so entfremdet, daß er nicht die Möglichkeit hätte, persönliche Bindungen für die Erweiterung der Betriebe durch die Antifaschistische Aktion einzufordern. Nach nicht langjährig erwerbslose Alte- und Klientenplläne vermögen ihnen persönlichen und organisatorischen Einfluß auf ihren früheren Betriebs- und Gewerkschaften auszuüben, um der Antifaschistischen Aktion trocken und sinnvoll wegen ihrer Entlassung als beste und revolutionärste Elemente in ihren ehemaligen Betrieben eingang zu verschaffen. Im organisierten und planmäßiger Form hat jeder Erwerbslose ausdrücklich seine geliebten Kräfte, vor allem die Betriebsenslanten, Betriebsräte und Erwerbslosenstädtler, unter Auswahl und Besiegung bestimmter Betriebe seines Arbeits- und Einflussgebiets in Gemeinschaft mit den übrigen revolutionären Massenorganisationen einzulegen. Dabei sind unter Berücksichtigung aller anderen Umstände, wie Lage und Bedeutung der einzelnen Betriebe, vor allem auch diejenigen Betriebsangehörigen zu bearbeiten, mit denen ein Kampfbündnis zu schließen eine der wichtigsten Voraussetzungen erfolgreicher Aktionen z. B. gegen unverhältnismäßige Erhöhungen (Wohlfahrts-transportante), gegen das Griffsprungsminimum gefährdende Lohn-, Gas- und Wasseraufgaben (Arbeiter und Angestellte der Kraft-, Gas- und Wasserwerke) und ähnlichen Aktionen ist. Auswirkung der bestehenden und künftigen innergewerkschaftlichen Verbindungen ist ein weiteres Mittel zur Herstellung des Kampfbündnisses zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeiter.

Wenn die Erwerbslosen die Aufgaben erfüllen, die Gewerkschaften und ihre Räte alles daraus lehen, die Kräfte der Erwerbslosen zur Erfüllung dieser Aufgaben zu mobilisieren und zu organisieren, so werden die Betriebsangehörigen geholfen werden für ein solches Kampfbündnis zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeiter in der Antifaschistischen Aktion, die soherige Garantie für die Durchführung begrenzter Kämpfe um Arbeit, Brot und Freiheit.

Reichsausschuß der Erwerbslosen.

durch das schändliche Verhalten des SPD-Betriebsrates nicht von ihrem Kampf gegen die braune Mordspel abhalten lassen.

Ihr seid auf dem richtigen Wege!

Da es der Betriebsrat ablehnt, eure Forderungen der Betriebsleitung zu übermitteln, so müßt ihr auch selbst einen antisozialistischen Kampfauftrag wählen, der wirklich bereit ist, den Kampf zu organisieren und zu führen. Nehmt in einer Betriebsversammlung zu der sozialistischen Freiheit und zur Befreiung des SPD-Betriebsrates Stellung. Nur durch eine entschlossene Aktion werden ihr erreichen, daß eure Forderung hinaus mit den Faschisten aus dem Betrieb, durchsetzt wird. Gegeht auch nicht, den pflichtvergessenen Betriebsrat zum Zeug zu jagen.

Der Ruf zur Betriebsstoppwoche der Antifaschistischen Aktion findet seinen Widerhall in den Betrieben. Berücksichtigt die Arbeit jeder Betrieb nach zu einer rotenburg werden.



### Wo die Nazis Einfluß besitzen gibt es

## Mehr Arbeit und weniger Brot

Unhaltbare Zustände in der Wirtschaft des Dresdner Hauptbahnhofs. Steigert die Betriebsstoppwoche der Antifaschistischen Aktion!

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Hauptbahnhofswirtschaft Berger & Bergmann, Dresden, ist für diesen Monat ein neuer Lohnabbau angekündigt worden. Die Gehälter fallen um 12 Prozent gefügt werden. Bei dem durchschnittlichen Monatslohn von 70 Mark bedeutet das einen Abzug von 7,50 Mark.

Der Betrieb ist eine Nazibasisburg. Der ärteste Teil der Belegschaft, vom Gehörntührer bis zum Hausknecht, ist Mitglied der NSDAP. Die Direktion glaubt deshalb, den Angestellten alles bieten zu können. Schon seit langerer Zeit wird auf Rollen des Personals gepart. Es gibt weniger Chen und dafür muss mehr gearbeitet werden. Das Hilfspersonal hat kaum 8 Uhrzeit Zeit, um das Chen hinunterzutragen. Die teilweise eintägige Mittagspause kann wegen des Personalmangels nicht eingehalten werden.

Der abgebaut Kriminalbeamte Richter wurde im vergangenen Jahr eingestellt, um eine besondere Kontrolle auszuüben. Er schmiedet den ganzen Tag im Betrieb umher und die Belegschaft hat ihm auch schon den richtigen Namen gegeben. Er betrachtet sich als „rechter Hahn“ des Betriebs. Aber, den er anstreift, wird ohne weiteres entlassen. Der ehemalige Kriminalbeamte hat auch die periodische Leibhaftigkeit und die standige Patrouillenführung eingeführt. Damit soll angeblich verhindert werden, daß nicht einmal einmal ein halbes Schwein aber etwas anderes hinausgeliept wird.

Die Belegschaft muß aus den beobachteten Verhältnissen im eigenen Betrieb lernen. Die Unternehmer wissen sehr gut, daß die Nazis sie von ihnen ausgebildete Knüppelgarde zur Unterdrückung der Arbeiterschaft dient. Die Gedanktstellung des Gottwilligkeitsbetriebes Berger & Bergmann fühlt sich deshalb auch völlig falsch und glaubt seit davon, daß ihre formidablen Angriffe niemals auf den Widerstand der Belegschaft stoßen werden.

Es müßt euch deshalb endlich einmal zur Wehr legen. Die erste Vorbedingung ist aber, daß ihr der Partei den braunen Arbeitern gegenüber steht. Wie könnet ihr gemeinsam mit dem Gehörntührer in einer Partei sein, der beständig militärische Mitglieder einer Partei seien, die offen die Interessen der Arbeiterschaft vertritt und offen bei arbeitenden Klasse, also auch euch selbst, die Tabelleibekraft anführte? Deshalb heraus aus dieser komparativen Partei der Brüder und Unterordneten! Schiebt auch in euren eigenen Interessen der roten Käffchenfront des Proletariats am. Reicht euch ein, kommt auch in eurem Betrieb die einheitliche Front zum Kampf gegen Lohnabzug und Ausschaltung einsetzt.

### Belegschaftsversammlung im Konsumverein „Vorwärts“

## Lohnabbau-Schiedsspruch einmütig abgelehnt

Gewerkschaftsbürokraten versuchen die Einheitsfront zu sabotieren

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Belegschaftsversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ am 10. 8. war verblümungsmäßig schwach besucht. Der Ungefehl Hänzl vom Gesamtverband gab den Bericht von den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht. Im Ministerium sei von 10 bis 18 Uhr „gefämpft“ worden und der Konsum habe auf Stand geblieben. Das Ergebnis dieses „Kampfes“ der Gewerkschaftsbürokraten ist, daß sich die Parteien bis zum 15. August über die Annahme des Schiedsspruches erläutern muhten. Hänzl witterte besonders gegen den Bericht in der „Arbeiterstimme“ über die Vorgänge im Dresden Konsumverein. Es sei nicht wahr, daß der Vorstand an die Gewerkschaftsführer das Urteil gestellt habe, für den Lohnabbau einzutreten. Der Bericht schadet dem Konsumverein (starker Widerpruch in der Versammlung), weil der Gegner dadurch aufmerksam würden, was im Konsumverein vor sich gehe. Ein Kampf könne nicht geführt werden. Die Lohnkommission mache keinen Vorschlag; die Belegschaft möge selber entscheiden.

In der Diskussion nahmen die Kollegen für die „Arbeiterstimme“ Stellung. Nicht der Bericht, sondern der Lohnabbau sei selbst schadet dem Konsumverein. Die kommunale Presse hat die Pflicht, die Interessen aller Arbeiter wahrzunehmen. Als in früheren Jahren die Löhne erhöht wurden, hat die „Dresdner Volkszeitung“ große Bogen gespult. Heute, wo sie abgedruckt werden, berichtet sie kein Wort davon. Unerhört ist, daß den Mitgliedern der Lohnkommission von den Gewerkschaftsbürokraten Schweißglanz auf den Verlauf der Verhandlungen bis zu der Versammlung anwies. Galt alle Diskussionsredner sprachen so für die Ablehnung des Schiedsspruches aus. Nur der Verbandsangehörige Hänzl verhielt sich verschwommen. Er behauptet, einen Streit würden die Konsumvereinsmitglieder nicht verstehen und deshalb auch dann keine Solidarität üben.

Ein sozialdemokratischer Kollege lehrt mit energisch für die Ablehnung des Schiedsspruches ein. Er wurde sich aber gegen das Verhalten der Gewerkschafts- und Gewerkschaftsbürokraten.

Ein SPD-Antrag, der verlangt, der Lohnkommission das Vertrauen auszusprechen und seine Streitstellung der AGO zu wählen, rief den stummen Widerspruch der Versammlung hervor. Trockene Kritik wurde dieser Antrag nicht zurückgewiesen. Da sich bei der Abstimmung, bei der Stimmenzählung, der Mehrzahl der Anwesenden, eine Mehrheit gegen den Antrag ergab, wurde von den Gewerkschaftsangehörigen die Diskussion nochmals eröffnet und eine zweite Abstimmung vorgenommen. Auch daran beteiligte sich ein großer

Teil der Kollegen nicht und deshalb kam ein für die Bürokratie gemaßiges Ergebnis zu stande.

Die Abstimmung über den Lohnabbau-Schiedsspruch ergab bei 334 anwesenden Kollegen eine Ablehnung des Schiedsspruches mit 334 gegen 25 Stimmen und zwei ungültige Stimmabstimmung. Es wurden also 12 Stimmen mehr abgegeben, als Kollegen anwesend waren.

Als ein Kollege dem Versammlungsleiter zutrat, wo er seine Welle habe, schlug dieser den Zetteltaggen um, benannte was die „Arbeitsstipendien“ verborgen. Das gab ein mächtiges Hall und schnell wurde die Versammlung geschlossen.

Die Gewerkschaftsopposition, die sich durch ihr energetisches Einlenken gegen den Lohnabbau eine gute Grundlage für die Verbreiterung ihres Einflusses in der Konsumbelegschaft gewünscht hatte, beginnt den Fehler, in der Versammlung nicht rechtzeitig die Frage aufzurufen: „Was ist nach der Ablehnung des Schiedsspruches zu tun?“ Doch er abgelehnt würde, war ja von vornherein klar und deshalb hätte nicht über den Schiedsspruch allein, sondern auch gleichzeitig über die Aufnahme des Kampfes abgestimmt werden müssen. Die Belegschaft darf deshalb nicht länger warten, sondern muß sofort die sich aus ihrem einheitlichen Willen ergebenden Maßnahmen ergreifen.

In der Versammlung der Angestellten im Konsumverein in der vorhergehenden Woche wurde der Schiedsspruch mit Mehrheit angenommen. Da das Klüppern z. T. unruhiges Blut gehofften hat, mußte sich der Zoll in dieser Versammlung damit beschäftigen. Hänzl erklärte hierzu, daß das Klüppern nicht in erster Linie als Gehaltssabotage, sondern als ein Solidaritätsakt zu betrachten ist. Diesen Standpunkt vertretet er aber nur in der Versammlung, um so besser für den Gehaltssabotage einzutreten zu können. Jedenfalls machte er den Anwesenden erklären, daß das Abkommen des Gehaltssabotages „vorläufig“ nur für drei Monate Gültigkeit hat. Über wir Arbeiterinnen müssen ja zur Genüge, daß es mit dem „vorläufigen“ Abkommen im AGO immer eine besondere Bewandtnis hat. In der diesjährigen Zusammerversammlung wurde das Klüppern ja auch nur für drei Monate beschlossen, und jetzt haben wir das Klüppern als Dauererziehung. So geht es uns auch mit dem vorläufigen Gehaltssabotage. Abgebaut werden im August 18 Prozent, im September zugleich 2 Prozent, im Oktober insgesamt 22 Prozent. Nun muß man bedenken, daß die Bezahlung an uns für sich schon nicht sehr hoch ist. Das Gehalt beträgt dann im Oktober für eine Arbeiterin im 3. Berufsjahr noch 60 Mark und an der Spitze (über 10 Berufsjahren) 121 Mark im Monat.

